Deutscher Bundestag **Drucksache 14/793**
14. Wahlperiode
20. 04. 99

Antrag

der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Dieter Thomae, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Für eine sofortige Verhängung umfassender Handelssanktionen gegen Jugoslawien

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zustimmung des Deutschen Bundestages zur deutschen Beteiligung an den NATO-Luftoperationen gegen Jugoslawien beruht auf dem fraktionsübergreifenden Konsens, daß die militärische Intervention ultima ratio auf dem Weg zu einer Konfliktlösung im Kosovo ist. Dies setzt voraus, daß alle anderen politischen und wirtschaftlichen Druckmittel ohne Erfolg geblieben sind. In der Tat hat Slobodan Milosevic mit seiner hartnäckigen Weigerung, das Rambouillet-Abkommen zu unterzeichnen, der Allianz keine andere Wahl gelassen. Weder Ultimaten noch Vermittlungsbemühungen in letzter Minute haben ihn zum Einlenken bewogen. Auch das im Laufe des vergangenen Jahres gegen Belgrad in Kraft gesetzte Sanktionsregime mit Waffenembargo, Visarestriktionen, Einfrieren von Regierungsauslandsguthaben, Investitionsverbot als auch das Flugverbot für jugoslawische Fluggesellschaften haben Milosevic unbeeindruckt gelassen.

Wir brauchen ein umfassendes VN-Handelsembargo gegen Jugoslawien. Es ist schwer vermittelbar, daß sich knapp einen Monat nach Beginn der militärischen Operationen gegen Belgrad einzelne Staaten darauf berufen können, Lieferungen von Erdöl und anderen kriegswichtigen Gütern seien rechtmäßig und verstießen nicht gegen Sanktionsbestimmungen.

Wenn die serbischen Aggressionen in Bosnien-Herzegowina 1992 für die Staatengemeinschaft Anlaß zur Verhängung umfassender Handelssanktionen gegen Jugoslawien waren, so muß dies in besonderer Weise für die aktuelle Situation im Kosovo gelten. Die Inaussichtstellung der Suspendierung der Sanktionen während der Verhandlungen über das Dayton-Abkommen

1995 waren nicht zuletzt mit ursächlich für eine konstruktive jugoslawische Haltung bei der Abkommensimplementierung, die zunächst zur Suspendierung und später zur Aufhebung der Sanktionen führte. Dies und die Erfahrungen mit einem umfassenden Handelsembargo gegen den Irak zeigen, daß Diktatoren wie Saddam Hussein, aber auch Slobodan Milosevic mit Handelsembargen an einer für sie empfindlichen Stelle getroffen werden können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. umgehend im Rahmen ihrer Präsidentschaft des Europäischen Rates der EU eine mit den EU-Partnern, insbesondere mit den beiden ständigen Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates Frankreich und Großbritannien abgestimmte Initiative zur Verhängung eines umfassenden Handelsembargos gegen die Bundesrepublik Jugoslawien durch den VN-Sicherheitsrat zu ergreifen;
2. für den Fall, daß ein Konsens der ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates in dieser Frage nicht zu erreichen ist, eine derartige Initiative sowohl im Rahmen der EU als auch der NATO zu ergreifen;
3. sicherzustellen, daß aus humanitären Gesichtspunkten unerläßliche Lieferungen, insbesondere zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung, von den Sanktionen ausgenommen werden;
4. die Aufhebung sämtlicher Sanktionen für den Fall der Erfüllung der von der NATO und vom VN-Generalsekretär aufgestellten Bedingungen für die Einstellung der Luftoperationen gegen Jugoslawien in Aussicht zu stellen.

Bonn, den 20. April 1999

Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Irmgard Schwaetzer
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Dieter Thomae
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion